



vfgh

**Verfassungsgerichtshof
Österreich**
1010 Wien, Freyung 8
Österreich

Mag. Christian Neuwirth
Sprecher des
Verfassungsgerichtshofes
Tel ++43 (1) 531 22-1006
Twitter: @VfGHSprecher
christian.neuwirth@vfgh.gv.at
www.verfassungsgerichtshof.at

Presseinformation

Herbst-Session des VfGH beginnt

Der Verfassungsgerichtshof beginnt morgen, Donnerstag, 22. September, mit seiner Herbst-Session, die bis zum Samstag, 15. Oktober, andauern wird.

Auf der Tagesordnung der 14 Verfassungsrichterrinnen und Verfassungsrichter stehen u.a. folgende Fälle:

o Anträge zur BUWOG-Anklage

Der Verfassungsgerichtshof beschäftigt sich in seiner Herbst-Session mit Anträgen im Zusammenhang mit der BUWOG-Anklage. Der frühere Finanzminister Karl-Heinz Grasser sowie weitere Personen sind der Ansicht, dass die Frist für einen Einspruch gegen die Anklage unverhältnismäßig kurz und daher verfassungswidrig ist.

o Glücksspielgesetz verfassungswidrig ?

Der Oberste Gerichtshof (OGH) ist der Ansicht, dass das österreichische Glücksspielmonopol gegen das Unionsrecht verstoße. Das Monopolsystem sei ein Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit. Dieser Verstoß bewirke, so der OGH, eine verfassungsrechtlich unzulässige Inländerdiskriminierung. Der OGH hat daher an den Verfassungsgerichtshof den Antrag gestellt, das Glücksspielgesetz zur Gänze als verfassungswidrig aufzuheben.

o Beschwerden gegen Anrainerparken in Wien

Das Anrainerparken in Wien ist ebenfalls Gegenstand der Herbst-Session. Die Beschwerden betreffen den ersten und achten Bezirk in Wien, wo für Anrainer Stellplätze reserviert sind. Dies sei, so die Antragsteller,

eine unzulässige Privilegierung der Wohnbevölkerung und sachliche nicht gerechtfertigt. Die Verordnung, mit der das Anrainerparken ermöglicht werde, sei daher gesetzwidrig.

o Kürzungen von Sonderpensionen bei der Nationalbank

Der Zentralbetriebsrat der Oesterreichischen Nationalbank sowie einige Bedienstete halten in einer an den VfGH gerichteten Gesetzesbeschwerde die Kürzung bei Pensionsleistungen für verfassungswidrig. Vereinfacht gesagt, wurde vom Nationalrat beschlossen, mit Verfassungsbestimmungen in bestehende Sonderpensionsrechte der Notenbank einzugreifen.

Die Antragsteller sind der Ansicht, dass diese Maßnahme vom Verfassungsgerichtshof u.a. auch deshalb aufzuheben ist, weil Grundprinzipien der Verfassung verletzt wurden. So liege ein Verstoß gegen das rechtsstaatliche Prinzip vor: Betroffene könnten sich wegen der „Absicherung“ mittels Verfassungsbestimmung gegen die Eigentumseingriffe nicht wehren. Auch der Gang zum Verfassungsgerichtshof sollte damit verhindert werden.

In diesem Verfahren findet eine **öffentliche mündliche Verhandlung** statt, und zwar am **Mittwoch, 28. September, 10.00 Uhr** (Verhandlungssaal, VfGH Freyung 8, Eingang Ecke Rengasse, 1010 Wien).

o Verkauf von rezeptfreien Medikamenten durch dm

Die Drogeriemarktkette dm wehrt sich mit einem Individualantrag gegen das Verkaufsverbot für rezeptfreie Medikamente. Sie sieht darin einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz: Für den sogenannten Apothekenvorbehalt gebe es nämlich keine sachliche Rechtfertigung, so dm.

o Keine Jagd aus ethischen Gründen?

Auf der Tagesordnung der Session steht weiters ein amtswegiges Gesetzesprüfungsverfahren zum Jagdgesetz in Kärnten. Ein Grundbesitzer, der die Jagd aus ethischen Gründen ablehnt, geht dagegen vor, dass es offensichtlich keine Möglichkeit gibt, eine „Jagdfreistellung“ für sein Grundstück zu erhalten. Der Waldbesitzer, so argumentieren die Behörden auf Basis des Gesetzes, müsse die Jagd dulden. Der Verfassungsgerichtshof hat in einem Prüfungsbeschluss Bedenken geäußert, ob diese

ausnahmslose „Duldungspflicht“ verfassungskonform ist. Ob diese Bedenken tatsächlich zutreffen, ist nun zu klären.

In diesem Verfahren findet eine **öffentliche mündliche Verhandlung** statt, und zwar am **Dienstag, 27. September, 10.00 Uhr** (Verhandlungssaal, VfGH, Freyung 8, Eingang Ecke Rengasse, 1010 Wien).

Weitere öffentliche mündliche Verhandlungen:

Donnerstag, 29. September 2016, 10.00 Uhr
Antrag von Tiroler Landtagsabgeordneten zum
Flurverfassungslandesgesetz

Montag, 3. Oktober 2016, 10.00 Uhr
Lagezuschlag im Mietrecht

Dienstag, 4. Oktober 2016, 10.00 Uhr
Verbandsverantwortlichkeitsgesetz

Presseinformation vom 21. September 2016